

Fortl. Zl. ....

am .... Dezember 2017

Es erscheint die österreichische Staatsbürgerin oder der österreichische Staatsbürger und gibt an: <sup>1)</sup>  
Ich stelle gemäß § 28 der NÖ Landtagswahlordnung 1992, LGBl. Nr. 0300 in der geltenden Fassung,  
einen

## Berichtigungsantrag

gegen das Wählerverzeichnis der Gemeinde .....

und begehre die  Aufnahme  Streichung der nachstehend angeführten Person  in das  aus dem Wählerverzeichnis

(des Wahlsprengels ..... ) <sup>2)</sup>

Vorname, Familienname: .....

Geboren am: .....

Ordentlicher Wohnsitz (am .....): .....

Begründung:

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

An Dokumenten lege ich bei: <sup>3)</sup>

.....  
.....  
.....

Antragstellerin oder Antragsteller:

Vor mir: <sup>1)</sup> .....  
(Vorname, Familienname  
der Bediensteten oder des Bediensteten)

.....  
(Vorname, Familienname in Blockschrift)

.....  
(Wohnadresse)

.....  
(Unterschrift der Bediensteten oder des Bediensteten) <sup>1)</sup>

.....  
(Unterschrift)

<sup>1)</sup> Zu streichen, wenn der Berichtigungsantrag schriftlich erfolgt.

<sup>2)</sup> Nur ausfüllen, wenn die Gemeinde in Wahlsprengel eingeteilt ist.

<sup>3)</sup> Bei Aufnahmebegehren ist – neben anderen zur Begründung notwendigen Belegen – ein von einer vermeintlich wahlberechtigten Person ausgefülltes Wähleranlageblatt anzuschließen.

# Aktenvermerk:

(nur wenn Streichung beantragt wird!)

Die Person, gegen deren Aufnahme in das Wählerverzeichnis ein Berichtigungsantrag gestellt wurde, wurde mit Formular 1 innerhalb von 24 Stunden verständigt.

-----  
(Datum)

-----  
(Unterschrift der Bediensteten oder des Bediensteten)

---

Eine Einwendung der Betroffenen oder des Betroffenen wurde binnen vier Tagen nach Zustellung der Verständigung vorgebracht:

- ja, am .....
- nein

-----  
(Datum)

-----  
(Unterschrift der Bediensteten oder des Bediensteten)

---

Vorlage des Berichtigungsantrages an die Gemeindewahlbehörde zur Entscheidung binnen 7 Tagen nach dem Einlangen des Berichtigungsantrages!

..... **Beilagen**

-----  
(Datum)

-----  
(Unterschrift)

---

Entscheidung der Gemeindewahlbehörde vom .....

- Aufzunehmen!
- Berichtigungsantrag ist abzuweisen!
- Zu streichen!

**Begründung** (insbesondere Ausführungen zu wirtschaftlichen beruflichen, gesellschaftlichen Gründen):

Der Gemeinde samt Beilagen zur weiteren Veranlassung.

Die Gemeindewahlleiterin/Der Gemeindewahlleiter

-----  
(Unterschrift)

---

Vermerk der Wahlkanzlei:

Im Wählerverzeichnis  eingetragen  gestrichen unter fortl. Nr. ....

(Wahlsprengel Nr. ....)

1.

2.

Antragstellerin oder Antragsteller mit Formular 2, betroffene Person mit Formular 3 verständigt.

-----  
(Datum)

-----  
(Unterschrift)

## Formular 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

....., am .....2017

Sie werden hiermit gemäß § 29 Abs. 1 der NÖ Landtagswahlordnung 1992 verständigt, dass gegen Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr. ....) ein Berichtigungsantrag gestellt wurde.

Gründe:

Es steht Ihnen frei, binnen 4 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich oder mündlich Einwendungen bei der Gemeindewahlbehörde vorzubringen. Über den Berichtigungsantrag wird von der Gemeindewahlbehörde entschieden werden, auch wenn in dieser Frist eine Äußerung von Ihnen nicht einlangt.

-----  
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,  
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

## Landtagswahl 2018

## Formular 2 (Mitteilung an die Antragstellerin oder den Antragsteller)

....., am .....2017

Aufgrund Ihres Berichtigungsantrages werden Sie hiermit gemäß § 30 Abs. 2 der NÖ Landtagswahlordnung 1992 verständigt, dass

Herr/Frau .....

wohnhaft in .....

in das Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr. ....)  eingetragen  nicht eingetragen  
 aus dem  gestrichen  nicht gestrichen worden ist.

**Begründung** (insbesondere Ausführungen zu wirtschaftlichen beruflichen und gesellschaftlichen Gründen):

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 32 Abs. 1 der NÖ Landtagswahlordnung 1992 binnen 3 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb dieser Frist einlangen. Es steht Ihnen frei, innerhalb von zwei Tagen nach der an Sie ergangenen Verständigung in die Beschwerde Einsicht und zu den vorgebrachten Beschwerdegründen Stellung zu nehmen.

..... Beilagen folgen zurück.

-----  
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,  
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

## Landtagswahl 2018

## Formular 3 (Mitteilung an betroffene Person)

....., am .....2017

Sie werden hiermit gemäß § 30 Abs. 2 der NÖ Landtagswahlordnung 1992 verständigt, dass die Gemeindewahlbehörde über den betreffend Ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellten Berichtigungsantrag entschieden und verfügt hat, dass Sie

in das Wählerverzeichnis (Wahlsprengel Nr. ....)  einzutragen  nicht einzutragen  
 aus dem  zu streichen  nicht zu streichen sind.

**Begründung** (insbesondere Ausführungen zu wirtschaftlichen beruflichen und gesellschaftlichen Gründen):

Gegen die Entscheidung können Sie gemäß § 32 Abs. 1 der NÖ Landtagswahlordnung 1992 binnen 3 Tagen nach Zustellung dieser Verständigung schriftlich eine Beschwerde bei der Gemeinde einbringen. Die Beschwerde muss innerhalb der genannten Frist einlangen. Es steht Ihnen frei, innerhalb von zwei Tagen nach der an Sie ergangenen Verständigung in die Beschwerde Einsicht und zu den vorgebrachten Beschwerdegründen Stellung zu nehmen.

-----  
Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister,  
Für die Bürgermeisterin/Für den Bürgermeister

Formular 1 (Verständigung über das Berichtigungsverfahren)

Fortl. Zl. ....

Gemeinde: .....

Herrn/Frau

.....  
.....  
.....

Formular 2 (Mitteilung an Antragstellerin oder Antragsteller)

Fortl. Zl. ....

Gemeinde: .....

Herrn/Frau

.....  
.....  
.....

Formular 3 (Mitteilung an betroffene Person)

Fortl. Zl. ....

Gemeinde: .....

Herrn/Frau

.....  
.....  
.....